

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/109: 12.11.1965 – 15.03.1968

12.11.1965

BRD: Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck (1913-2006) kritisiert am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39,41): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt.

Der völkerrechtliche Teil der Denkschrift (Kapitel 4) beginnt damit, den deutschen Standpunkt dadurch verdächtig zu machen, daß er auf das falsche Gleis des "Rechts auf Heimat" geschoben wird. Dabei haben die Alliierten sowohl durch die Abmachung untereinander als auch durch ihre Erklärung vom 5.6.1945 eine Annexion ausdrücklich abgelehnt und "Deutschland in den Grenzen von 1937" bestehen lassen. Die Denkschrift aber unterläßt diesen entscheidend wichtigen Hinweis. Sie sucht dies zu verschleiern, indem sie sagt, "Polen bedürfe noch einer endgültigen Legitimierung".

Es geht aber nicht um Zessionsansprüche Deutschlands, sondern um den Status der Ostgebiete als Teil unseres Staatsgebietes, der sich völkerrechtlich - was die Denkschrift bestätigt - bisher nicht geändert hat. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

>>... Die Denkschrift aber verschweigt die Charta (der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950) und nennt das Ausbleiben einer Radikalisierung lediglich einen "bemerkenswerten Zug der deutschen Nachkriegsgeschichte". Es ist den Verfassern der Denkschrift entgangen, daß von der "Charta der Heimatvertriebenen" bis zu den Entschließungen des Kongresses der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März 1964 ein Weg gegangen wurde, den nüchterne Tatsachenbeurteilung kennzeichnet.

Mit Hilfe bedeutsamer Völkerrechtslehrer waren die rechtlichen Grundlagen der Situation

geklärt worden. Sie wurden zusammengefaßt in dem Satz der am 22. März 1964 gefaßten EntschlieÙung:

"Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt."

Der Kongreß setzte sich auch mit dem schwierigsten aller Probleme der Vertreibung, nämlich der Wiederbesiedlung der fremdverwalteten deutschen Gebiete, auseinander und bot praktische politische Lösungsmöglichkeiten an. In der Erklärung heißt es dazu:

"Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren." ...

Die Denkschrift ignoriert die weltpolitischen Zusammenhänge in verblüffender Weise. Von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion ist überhaupt nicht die Rede. ...

Ob die Kammer die Verantwortung dafür tragen kann, daß sie den politischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt, mag offen bleiben. Daß der Rat der EKD die Verantwortung hatte, einen solchen massiven Eingriff in die deutsche Außenpolitik zu verhindern, scheint eindeutig.

Mit der Herausgabe dieser Denkschrift hat man den vorhandenen Bemühungen um einen realistischen Weg zur Begründung eines allseits annehmbaren Friedens zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn keinen guten Dienst erwiesen.<<

18.11.1965

Polen: Der polnische Episkopat lädt die deutschen Bischöfe am 18. November 1965 nach Tschenstochau ein (x056/54, x064/48): >>... Jene Preußen (brachten) alles Deutsche in polnischen Landen in allgemeinen Verruf. Sie sind in der geschichtlichen Entwicklung repräsentiert durch folgende Namen: ... Friedrich der sogenannte Große, Bismarck und schließlich Hitler ... Und trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Geschichte ... versuchen wir zu vergessen. ... Wir ... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. ...<<

>>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...

In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.

Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<

05.12.1965

BRD: Die deutschen katholischen Bischöfe antworten am 5. Dezember 1965 den polnischen Bischöfen (x064/48-49): >>... Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan worden. Wir wissen, daß wir die Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt. ...

Eine Aufrechnung von Schuld - darin sind wir einer Meinung - kann nicht weiterhelfen. ... So bitten auch wir, zu vergessen, ja, wir bitten zu verzeihen. ...

Millionen von Polen mußten aus dem Osten in die ihnen zugewiesenen Gebiete übersiedeln. Wir wissen wohl, was darum für das heutige Polen diese Gebiete bedeuten. Aber auch Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen, in der ihre Väter und Vorfahren lebten. ...<<

1965

Vatikan: Das 2. Vatikanische Konzil beklagt im Jahre 1965 den jahrhundertealten christlichen Antisemitismus (x268/37-38): >>Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen Juden zur Last legen.

...

Im Bewußtsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche, die alle Verfolgungen gegen irgendwelche Menschen verwirft, nicht aus politischen Gründen, sondern aus Antrieb der religiösen Liebe des Evangeliums alle Haßausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben. ...<<

USA: Die US-Organisation "Black Muslims" fordert im Jahre 1965 einen eigenen Staat (x243/103): >>... Da wir nicht in Frieden und Gleichheit mit (den Weißen) zusammenleben können, nachdem wir ihnen 400 Jahre lang unseren Schweiß und unser Blut gegeben haben und dafür die schlimmste Behandlung empfangen haben, die Menschen je erfahren haben, glauben wir, daß unsere Leistungen für dieses Land und die Leiden, die uns das weiße Amerika auferlegt hat, unsere Forderung nach vollständiger Trennung in einem eigenen Territorium oder Staat rechtfertigen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Rassenunruhen in den USA (x068/335-336): >>... Mit Polizei und Geheimdienst, mit der National Guard, mit Tausenden von Fallschirmjägern kämpft man blutig die Unruhen und Aufstände der Schwarzen nieder.

So werden bei Rassenkrawallen im August 1965 in Los Angeles 35 Menschen getötet, 4.000 festgenommen, für 40 Millionen Dollar Schäden angerichtet; im Juli 1967 in Newark/New Jersey 26 Menschen massakriert, 1.500 verletzt; im gleichen Monat noch in Detroit 40 Menschen umgebracht, 2.000 verletzt, etwa 5.000 verlieren durch Brand und Gewalttätigkeiten ihre Wohnung. Im nächsten Jahr wird am 4. April der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Martin Luther King in Memphis/Tennessee ermordet, worauf in den Farbigenvierteln von 125 Städten schwere Tumulte ausbrechen. ...<<

Der polnische Emigrant Jerzy Kosinski veröffentlicht im Jahre 1965 in New York den autobiographischen Bericht "The Painted Bird" über seine vermeintlichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der polnische Emigrant Jerzy Kosinski veröffentlicht im Jahre 1965 in New York den autobiographischen Bericht "The Painted Bird" über seine vermeintlichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "The Painted Bird" (x169/63-64): >>... Der erste große Holocaust-Schwindel war "The Painted Bird" des polnischen Emigranten Jerzy Kosinski. Wie Kosinski erklärte, hatte er das Buch "in Englisch geschrieben", damit "ich leidenschaftslos schreiben konnte, frei von den emotionalen Assoziationen, die die Muttersprache immer enthält".

In Wahrheit sind alle Teile, die möglicherweise von ihm selbst geschrieben worden sind - eine ungelöste Frage -, in polnischer Sprache verfaßt. Das Buch wurde als Kosinskis autobiographischer Bericht seiner Wanderungen als einsames Kind im ländlichen Polen während des Zweiten Weltkrieges ausgegeben.

In Wahrheit lebte Kosinski während des gesamten Krieges bei seinen Eltern. Hauptmotiv des Buches sind die sadistischen sexuellen Quälereien, die die polnische Bauernschaft beging. Leser, die das Buch vor seiner Veröffentlichung kennengelernt hatten, machten sich darüber lustig; es sei "Gewaltpornographie" und "das Ergebnis eines von sadomasochistischer Gewalt

besessenen Geistes".

Tatsächlich beschwor Kosinski fast alle von ihm erzählten Episoden aus dem Nichts herauf. Das Buch schildert die polnischen Bauern, mit denen er zusammenlebte, als ausgeprägt antisemitisch. "Schlagt die Juden", johlen sie. "Schlagt die Bastarde!"

In Wirklichkeit wurde die Familie Kosinskis von polnischen Bauern aufgenommen, obwohl diese genau wußten, daß es sich um Juden handelte, und auch die schrecklichen Folgen kannten, die sie zu erwarten hatten, wenn man sie erwischte.

In der Zeitschrift "The New York Times Book Review" lobte Elie Wiesel "The Painted Bird" als "eine der besten" Anklagen der Nazizeit, "geschrieben mit tiefer Aufrichtigkeit und Empfindsamkeit".

Später schwärmte Cynthia Ozick, sie habe Kosinskis Authentizität als "jüdischer Überlebender und Zeuge des Holocaust ... sofort" erkannt.

Lange nachdem Kosinski als vollendeter literarischer Hochstapler entlarvt worden war, überhäufte Wiesel dessen "bemerkenswertes Gesamtwerk" noch immer mit Lobreden.

"The Painted Bird" wurde zu einem grundlegenden Text DES HOLOCAUST. Es war ein Bestseller und gewann Preise, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und war Unterrichtstext in Highschools und Colleges. Kosinski, der die Holocaust-Rundtour mitmachte, nannte sich selbst einen "Elie Wiesel zum Billigtarif". (Jene, die sich Wiesels Vortragshonorar nicht leisten konnten - "Schweigen" ist nicht billig -, wandten sich an ihn.)

Als er schließlich von einem Enthüllungsmagazin entlarvt worden war, wurde Kosinski von der "New York Times", die behauptete, er sei einer kommunistischen Verschwörung zum Opfer gefallen, weiterhin tapfer verteidigt. ...<<

1966

Wer recht hat, hat niemand zu fürchten.

Spruchwort aus Deutschland

10.01.1966

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/1966) berichtet am 10. Januar 1966:

>>Drei Minuten pro Opfer

Eine katholische Zeitung pries den Menschenraub. "Die Israelis gingen ihren Henker Eichmann von dort holen, wo er war, und brachten ihn vor das Gericht ihres Volkes", erinnerte das Brüsseler Blatt "La Libre Belgique" seine Leser. "Aber uns Belgiern", bedauerte die Zeitung, "hat es ja schon oft an Entschlußkraft gefehlt."

Der Mann, den "Libre Belgique" gern heimholen möchte, ist Robert Jan Verbelen, 54, Ex-Sturmabführer der flämischen SS. 1947 hatte ihn ein belgisches Gericht in Abwesenheit wegen 10lfachen Mordes zum Tode verurteilt. Ende 1965 sprach ihn ein Wiener Gericht frei: Belgiens Außenminister Spaak zitierte Österreichs Botschafterin Johanna Monschein zu sich, um ihr die "Überraschung und Erregung" Belgiens auszudrücken. Der belgische Botschafter Colot protestierte bei der Wiener Regierung. Nach einer Sondersitzung drückte das gesamte belgische Kabinett seine "Mißbilligung" über den Verbelen-Freispruch aus.

In Antwerpen zerbarsten die Fensterscheiben des österreichischen Konsulats unter den Steinwürfen von Demonstranten. Der österreichischen Botschaft in Brüssel und der österreichischen Vertretung bei der EWG wurden Sprengstoffanschläge angedroht. In Wien gingen Widerstandskämpfer auf die Straße. Brüssels "Le Soir" befand, die österreichische Justiz habe sich "in den Augen der zivilisierten Welt entehrt". Und die "Haagsche Courant" erklärte Österreich zum "Paradies für Kriegsverbrecher".

Nur in den ersten Nachkriegsjahren hatten eigens eingesetzte "Volksgerichte" österreichische Kriegsverbrecher zu schweren Strafen verurteilt. Aber schon damals wurde der Wiener Gestapo-chef Dr. Otmar Trnka, der seinen Namen unter Hitler zu "Trenka" aufgenordet hatte, nur

mit 18 Monaten Kerker bestraft. Als die Widerstandsbewegung protestierte, bekam er in einem zweiten Prozeß fünf Jahre, brauchte aber nur zwei Drittel abzusitzen.

Nach dem Abschluß des Staatsvertrags ließen die Sowjets über hundert österreichische Kriegsverbrecher unter der Auflage heimkehren, daß ihnen in Österreich der Prozeß gemacht werde. Fast alle Heimkehrer wurden jedoch begnadigt, ordentliche Verfahren nur gegen drei eröffnet:

- Leopold Mitas, Schutzpolizei-Kommandeur im Getto Borislav (Ukraine), wurde zu Lebenslänglich verurteilt - aber schon nach zwei Jahren begnadigt.

- Mitas-Gehilfe Heinrich Poll bekam 20 Jahre, wurde aber nach einem Jahr freigelassen.

- Mitas-Gehilfe Gabriel erhielt Lebenslänglich; in seinem Prozeß waren Mitas und Poll zur Überraschung der Öffentlichkeit bereits wieder als freie Männer im Zeugenstand erschienen, und offenbar führte der anschließende Proteststurm von NS-Gegnern zu dem harten Urteil.

Ende der fünfziger Jahre lösten deutsche NS-Prozesse Ermittlungen gegen etwa tausend Österreicher aus, weitere Verfahren folgten dem Eichmann-Prozeß.

Aber die Ermittlungen kamen kaum voran, nur wenige aufgespürte Kriegsverbrecher wurden inhaftiert. Gottfried Meir, Kompanieführer in der Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", von Italienern zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil unter seinem Kommando am Lago Maggiore eine jüdische Familie erschossen und in einer Zentralheizung verbrannt worden war, ist Schuldirektor in Kärnten. Sieben Deutsche, die am Lago Maggiore Juden mordeten, sind in der Bundesrepublik inhaftiert. Dreißig zum Teil einflußreiche Angehörige des Auschwitz-Wachpersonals, darunter drei Lagerärzte, leben im glücklichen Österreich ungestört.

Und wenn es zu Prozessen kam, so urteilten oft Geschworene mit eigener Vergangenheit über Untaten aus der NS-Zeit. Österreichs Eichmann-Jäger Simon Wiesenthal:

"Es gibt heute kaum eine einzige österreichische Familie, die in der engsten Verwandtschaft oder Freundschaft nicht mindestens einen Nazi hatte."

Und: "In Österreich wird nur eingeseift, aber nie rasiert."

Denn Österreichs regierende Koalitionsparteien - die konservative Volkspartei und die Sozialisten - hatten mit Rücksicht auf die große Zahl ehemaliger Hitler-Anhänger unter den Wählern frühzeitig ihren Frieden mit den Nationalsozialisten gemacht.

Die meisten Nazi-Richter und Staatsanwälte blieben im Dienst oder wurden bald wieder eingestellt (SPIEGEL 44/1965). Geschworene bei NS-Prozessen werden nicht nach ihrer NS-Vergangenheit befragt. Als aber in einem Kriegsverbrecherprozeß ein Geschworener mosaischen Glaubens auftauchte, wurde er wegen Befangenheit abgelehnt. So kam es in Österreich zu folgenden Urteilen:

Richard Hochrainer, bei seiner Verhaftung Gemeinderat der rechten "Freiheitlichen Partei" im salzburgischen St. Michael, wurde 1961 wegen eines nach Kriegsende begangenen Mordes an neun jüdischen Zwangsarbeitern zu sieben Jahren Kerker verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen.

Franz Murer, einst Judenreferent im Gebietskommissariat Wilna (Beiname: "Henker von Wilna"), wurde von einem Grazer Geschworenengericht 1963 freigesprochen, obwohl im Wilnaer Getto von 80.000 Juden nur wenige hundert überlebt hatten. Der freigesprochene Hochrainer holte den freigesprochenen Kameraden Murer, der es zum Obmann der Bezirkslandwirtschaftskammer Liezen (Steiermark) gebracht hatte, mit Mercedes und Blumen vom Gericht ab.

Das Wiener Oberste Gericht gab zwar später einem Einspruch des Staatsanwalts statt, doch soll gegen Murer nur wegen eines einzigen Mordfalls noch einmal verhandelt werden.

1964 stand Eichmanns Transportleiter Franz Novak vor Gericht. Er hatte Transporte mit 1,7 Millionen Juden für die Endlösung zusammengestellt - und dies gestanden. Das Urteil lautete auf acht Jahre Gefängnis wegen "öffentlicher Gewalttätigkeit". Simon Wiesenthal: "Drei Mi-

nuten pro Opfer." Der Staatsanwalt legte gegen das milde Strafmaß Berufung ein, die Wiener Generalprokuratur annullierte sie. Hingegen gab der Oberste Gerichtshof einer Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten statt.

Zweieinhalb Jahre bekam Anfang 1965 Dr. Erich Rajakowitsch, als SS-Obersturmführer einst Freund Adolf Eichmanns und zeitweilig Leiter des Judenreferats in den besetzten Niederlanden. Er hatte Deportationsbefehle für holländische Juden unterschrieben. Seinem Urteil lag der Paragraph 87 des österreichischen Strafgesetzbuches zugrunde, der "boshafte Sachbeschädigung und absichtliche Gefährdung von Menschenleben" ahndet.

Da Rajakowitsch zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, konnte er Ende Dezember 1965 bereits als Zuschauer zum Verbelen-Prozeß kommen.

Der Belgier Robert Jan Verbelen war 1940 der flämischen SS und der unter NS-Fittichen gegründeten flämisch-nationalistischen Vereinigung "De Vlag" ("Die Fahne") beigetreten. Motto des Vereins: "Bedingungslose Treue zum Nationalsozialismus, zum Germanischen Reich und zum Führer Adolf Hitler."

Als belgische Partisanen 1943 mit Überfällen auf Wehrmachtsangehörige und Kollaborateure begannen, organisierte Sturmbannführer Verbelen unter flämischen SS-Männern Terror- und Mordkommandos. Über Verbelens Vergeltungsmethoden berichtete der New Yorker "Aufbau": "Sind Sie Rechtsanwalt?" fragte Verbelen einen Verhafteten. Der bestätigte es durch Kopfnicken. "Also Intelligenzbestie, erschießen!" Ein anderer war Arbeiter. "Bolschewistenschwein, erschießen!" Ein Opfer war Wallone. "Flamenmörder, erschießen!"

Als der flüchtige Verbelen 1947 von einem Brabanter Gericht zum Tode verurteilt wurde, arbeitete er unter dem Decknamen "Herbert" als Agent der amerikanischen Spionageabwehr CIC in Österreich. Verbelen: "Ich habe 3.322 Agentenberichte über die Sowjet-Spionage in Österreich unterschrieben."

Nach dem Abzug der Amerikaner nahm Österreichs Staatspolizei den Agenten in ihre Dienste. Zur Belohnung erhielt er 1959 unter seinem wahren Namen die österreichische Staatsbürgerschaft und, wie er sich rühmt, mehrere Belobigungen der österreichischen Innenminister Helmer und Afritsch.

Als die internationale Widerstandsunion 1962 einen gewissen "Jean Marais" zu identifizieren suchte, der in neonazistischen Organen Artikel geschrieben hatte, entdeckte sie, daß Jean Marais Jan Verbelen war. Der Flame wurde verhaftet, als neuer Bürger Österreichs aber nicht an Belgien ausgeliefert.

Als nach dreieinhalbjähriger Untersuchungshaft am 29. November der Prozeß begann, erklärte sich Verbelen in einer vielstündigen Eröffnungsrede für "nicht schuldig". Er beteuerte, er habe "als Offizier und als Flame stets nur meine Pflicht getan".

Peinliche Pannen störten den Prozeßverlauf. Die erste Dolmetscherin für Französisch war, wie sich nach etlichen fruchtlosen Verständigungsversuchen herausstellte, schwerhörig. Die erste Dolmetscherin für Flämisch entpuppte sich als einstige Sekretärin des in Nürnberg als, Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilten NS-Reichskommissars für die Niederlande, Seyß-Inquart. Ein Ex-Jesuitenpater aus Belgien stimmte im Zeugenstand plötzlich flämische Kampflieder an.

Verbelen-Verteidiger Dr. Erich Führer, der einst Anwalt des nationalsozialistischen Dollfuß-Mörders Planetta und später NS-Mitglied und SA-Funktionär war, brachte als Plädoyer eine seiner in Wien berühmten "Führerreden".

Über sieben Stunden lang verglich er Verbelens Taten mit Partisanenkämpfen in Jugoslawien, Korea und Vietnam, erinnerte an den Freispruch der Südtirol-Dynamiter in Graz und rief den Geschworenen zu: "Was für die (noch im Amt befindlichen) österreichischen (Nazi-)Richter recht ist, muß für Verbelen billig sein."

Die Geschworenen billigten dem SS-Freiwilligen Befehlsnotstand zu. Er wurde freigespro-

chen und konnte, von seiner jubelnden Lebensgefährtin Thusnelda Bankhofer abgeholt, in die gemeinsame Gemeindewohnung nach Wien-Döbling zurückkehren. ...<<

15.02.1966

Polen: Der polnische Episkopat widerruft am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...

Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.

Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse (je SPD) oder von Claudia Roth (Die Grünen). Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaus zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.

Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsoffer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<

Februar 1966

BRD: BdV-Präsident Wenzel Jaksch (1896-1966) erklärt im Februar 1966 während einer Kundgebung in Bonn (x155/122-123): >>... Unser Volk muß endlich den Weg der Mitte finden. Der Geist der Selbstüberhebung, der uns 12 Jahre beherrschte, ist furchtbar zu Fall gekommen. Doch der Geist der Selbstverneinung unserer nationalen Interessen, wie ihn eine lautstarke Minderheit vertritt, ist nicht minder verhängnisvoll. Man kann die Jugend Deutschlands nicht abwechselnd von einem Extrem ins andere jagen.

... Auch das deutsche Land im Osten ist und bleibt Eigentum aller Deutschen. Dieses Viertel des historischen Deutschlands in einer Kurzschlußhandlung aufzugeben, hieße einen tiefen Zwiespalt im freien Teil Deutschlands aufzureißen.

Wir dürfen nicht mithelfen, daß ein großes Volk in der Mitte Europas in den Abgrund totaler Rechtlosigkeit gestürzt wird. Das wäre der Tod der deutschen Demokratie. Auch die Hoffnung auf ein geeintes Europa wäre dahin, wenn wir zuließen, daß in der europäischen Völkerfamilie dauernd mit zweierlei Maß gemessen wird.

... Die Prahlerei mit unseren wirtschaftlichen Erfolgen schafft uns Neider in der Welt. Wir können nicht auf Dauer ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg sein. Mit Selbstanklagen und Gebietsverzicht sühnen wir vergangenes Unrecht nicht. Dies würde zu einer Lähmung der konstruktiven Kräfte unseres Volkes führen.

... Kein vernünftiger Mensch kann mit dem Blick auf eine gefahrenreiche Zukunft behaupten, daß die Deutschen die einzigen Sünder in einer Welt der Gerechten sind.

... Wir sind Opfer einer maßlosen Vergeltung geworden. Daraus leiten wir das Recht ab, unsere Stimme gegen einseitige Schuldbehauptungen zu erheben, die unser ganzes Volk noch auf

lange Zeit hinaus qualifizieren sollen. Mehr Gerechtigkeit tut not im eigenen Volke. Dafür ist die Lage des heimatvertriebenen Landvolkes beredtes Zeugnis.

Jeder billig Denkende weiß, daß angesichts der heutigen Bodenpreise die bisherige Hauptschädigung nur einen Bruchteil der wirtschaftlichen Vertreibungsverluste darstellt. Unser Ziel ist eine gerechte Lastenverteilung unter den Lebenden, nicht ein Lastenausgleich für die Toten. Darum fordern wir eine 19. Novelle, welche die Reserven des Lastenausgleichsfonds langfristig verplant. Angesichts der allseits befürworteten neuen Vermögensbildung ist es ein gerechtes Verlangen, daß die Vermögensverluste der Ost- und Mitteldeutschen wenigstens in erträglichen Grenzen gehalten werden. ...

Den Predigern der Verneinung unserer menschlichen und nationalen Rechte setzen wir das Ziel einer Völkerversöhnung auf dem Boden der Menschenrechte entgegen. ...<<

07.03.1966

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle schreibt am 7. März 1966 an US-Präsident Lyndon B. Johnson (x148/174): >>... Frankreich ist der Ansicht, daß die seit 1949 in Europa, in Asien und anderwärts vollzogenen oder im Gang befindlichen Änderungen ebenso wie die Entwicklung seiner eigenen Situation und seiner Streitkräfte ... nicht mehr die Maßnahmen militärischer Natur rechtfertigen, die nach dem Abschluß der Allianz entweder gemeinsam in Form multilateraler Abmachungen oder durch Sonderabkommen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung getroffen wurden.

Aus diesem Grunde beabsichtigt Frankreich, auf seinem Gebiet die volle Ausübung seiner Souveränität, die gegenwärtig durch die ständige Anwesenheit von verbündeten Militärelementen oder durch die zur Gewohnheit gewordene Benutzung seines Luftraum beeinträchtigt ist, zurückzugewinnen, seine Teilnahme an den integrierten Kommandos zu beenden und der NATO keine Streitkräfte mehr zur Verfügung zu stellen.<<

09.05.1966

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**

... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<

15.05.1966

BRD: Die BdV-Bundesversammlung erklärt am 15. Mai 1966 (x155/124): >>... Unser Heimatrecht ist Bestandteil der unveräußerlichen Menschenrechte. Die Respektierung friedlich erworbener Selbsthaftigkeit bei zwischenstaatlichen Regelungen ist das Herzstück der europäischen Zivilisation.

Die Verletzung des Menschenrechts war ein Schritt zur Weltanarchie. Darum werden wir nicht aufhören, die Vertreibungsbeschlüsse von Jalta und Potsdam anzufechten, bis Heimatrecht und Selbstbestimmung aller Europäer in einer gesamteuropäischen Friedensregelung verwirklicht sind.

Unter Aufrechterhaltung unseres Heimatanspruchs fordern wir eine gerechte Lastenverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. ...<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.

Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

01.06.1966

BRD: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärt am 1. Juni 1966 in seiner Rede während des SPD-Bundesparteitages in Dortmund (x155/127): >>... Eine Friedensregelung, wenn sie eines

Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg. ...

Manche Leute tun auch so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne 'haben' wir ja nicht einmal das, was zwischen Oder und Neiße liegt.

Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert, einige bekanntlich nicht einmal dadurch. ...

Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.<<

09.07.1966

BRD: Die deutschen Vertriebenenverbände stören angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie werden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.

Das BdV-Präsidium kritisiert am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtspopaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung.

Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...

Demgegenüber wurde begrüßt, daß sich der niedersächsische Minister, Frau Meyer-Sevenich, vor der westdeutschen Öffentlichkeit energisch gegen die systematische Verletzung der Gefühle der Vertriebenen gewandt hat. ...<<

16.07.1966

Österreich: Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtet am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen.

Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

23.08.1966

China: Die maoistischen Roten Garden verkünden am 23. August 1966 in Peking ihr Programm zur "Kulturrevolution" (x073/308-309, x243/229): >>... 1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.

2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder Mao Tse-tungs aufgehängt werden.

3. Überall müssen Zitate Mao Tse-tungs an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden.

4. Die alten Gewohnheiten müssen verschwinden.

5. Eine eventuelle Opposition muß rücksichtslos beseitigt werden.
6. Luxusrestaurants und Taxis haben zu verschwinden.
7. Die privaten finanziellen Gewinne sowie die Mieten müssen dem Staat abgegeben werden.
8. Die Politik hat vor allem den Vorrang ...
9. In allen Straßen sollen Lautsprecher aufgestellt werden, um der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln zu vermitteln.
10. Die Lehre Mao Tse-tungs muß schon im Kindergarten verbreitet werden.
11. Die Intellektuellen sollen in Dörfern arbeiten.
12. Die Bankzinsen müssen abgeschafft werden.
16. Die Mahlzeiten sollen gemeinsam eingenommen werden, und es soll zu den Sitten der ersten Volkskommunen im Jahre 1958 zurückgekehrt werden.
14. Auf Parfüms, Schmuckstücke, Kosmetik und nichtproletarische Kleidungsstücke und Schuhe muß verzichtet werden.
15. Die Erste Klasse bei den Eisenbahnen und luxuriöse Autos müssen verschwinden.
16. Die Verbreitung von Photographien von sogenannten hübschen Mädchen soll eingestellt werden.
17. Die Namen von Straßen und Monumenten müssen geändert werden.
18. Die alte Malerei, die nicht politische Themen zum Gegenstand hat, muß verschwinden, ...<<
- >>... 23. Bücher, die nicht das Denken Mao Tse-tungs wiedergeben, müssen verbrannt werden. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Maos Kulturrevolution (x192/462): >>... Die Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, eine Sammlung von Zitaten, die sich in der Übersetzung eher wie Platitüden anhörten, sollten zu den großen revolutionären Texten zählen.

Leider übertraf die chinesische Revolution das stalinistische Vorbild beinahe noch an Despotie und Ineffizienz: Millionen Menschen starben während der Kollektivierung der Landwirtschaft (1958/59), die als "großer Sprung nach vorn" bezeichnet wurde; die Kulturrevolution in den sechziger Jahren forderte weitere Millionen Todesopfer. ...<<

22.10.1966

Frankreich: Die Präsidenten des BdV und der französische Repatriierten-Organisation ANFANOMA erklären am 22. Oktober 1966 in Paris (x155/129-130): >>Mehr als 60 Millionen Menschen haben in unserer Zeit das Schicksal der Flucht und Vertreibung erlitten. Im Gefolge totalitärer Ideologien geht eine Welle des Rassismus und der Gewalt über die Erde. Rassenverfolgungen, Heimatraub, Ausplünderung und Massendeportationen sind neue Waffen der Unmenschlichkeit geworden.

Ein neuer Aufstand des Gewissens muß das Recht des einfachen Menschen auf seine friedlich erworbene Seßhaftigkeit verteidigen. Im Dienste dieser Aufgabe sind die Vertreter von Millionen vertriebener Europäer, Deutsche und Franzosen, in brüderlicher Gesinnung in Paris zusammengetreten, um ihre Stimme gegen das schreckliche Phänomen des kollektiven Heimatraubes zu erheben. Sie verzichteten feierlich auf Rache und Vergeltung an denjenigen, von denen sie Entrechtung, Gewalt und Terror erfahren haben.

... Bis in die jüngste Vergangenheit wurde geflüchteten Bevölkerungen die Rückkehr in ihre alten Wohnsitze und die Teilnahme an den Segnungen des Friedens gestattet. In den Friedensschlüssen zwischen westeuropäischen Völkern ist den Siegern niemals das Recht auf Deportation ganzer Volksteile zugestanden worden. Nach den Bestimmungen der Haager Konvention unterlag selbst während des Krieges in besetzten Gebieten das Privateigentum der Zivilbevölkerung und die Ehre der Familie dem Schutz des internationalen Rechts.

Diese Schutzwälle der Menschlichkeit sind auf Höhe des 20. Jahrhunderts geborsten. Mit dem

Völkerbund, der eine Schöpfung des europäischen Idealismus war, sank auch das Prinzip des Minderheitenschutzes ins Grab. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin öffnete die Schleusen der Versklavung der osteuropäischen Völker.

Nach dem letzten Kriege blieb mehr als 100 Millionen Europäern im sowjetischen Machtbereich die Freiheit vorenthalten.

Den Massendeportationen aus Ostpolen und aus dem baltischen Ländern folgte die Ausrottung von über fünf Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder und schließlich die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, dem Sudetenland und den Donaustaaten.

Mit der Zustimmung zu diesen Maßnahmen gaben kurzsichtige westliche Staatsmänner die Rechte europäischer Minderheiten in Afrika und Asien preis. Es fehlte nicht an Warnungen weitblickender Zeitgenossen, die erkannten, daß die jungen Völker Afrikas und Asiens das gleiche Prinzip der Volksdeportationen übernehmen würden.

Die Vertreibung von Europäern in Europa folgte die Europäer-Vertreibung aus Afrika und Asien und die Verfolgung politischer und religiöser Minderheiten in diesen Gebieten. Was dabei an kollektiver Enteignung, an Verletzung der Menschenwürde und an Grausamkeiten geschah, darf nicht mit dem Schlagwort Entkolonialisierung zugedeckt werden. Rache gegen Wehrlose führt zum Amoklauf der Gewalt.

Wenn der Stärkere den Schwächeren ungestraft von seinen Daseinsgrundlagen verdrängen darf, dann geht die Menschheit dunklen Zeiten entgegen. ...<<

25.11.1966

BRD: Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg (Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) stellt am 25. November 1966 eine Anfrage, ob die Bundesregierung beabsichtigt, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zusammenzustellen und die Strafverfolgung von Tätern zu prüfen.

30.11.1966

BRD: Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) tritt am 30. November 1966 zurück.

01.12.1966

BRD: Kurt G. Kiesinger (CDU) wird am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

02.12.1966

BRD: Das BdV-Präsidium erklärt am 2. Dezember 1966 während der Trauerrede für den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch (x155/131-132): >>... Ein Mann wie Jaksch wird uns allen, zumal in einer Zeit zunehmender Unsicherheit und Bedrängnis, fehlen. ...

Wer resigniert oder in seiner Aktivität nachläßt, vollzieht das Programm des Gegners, macht es der kommunistischen Diktatur leicht, Deutschland weiterhin geteilt zu halten und aus dem Unrecht ein neues Recht, das der Gewaltherrn über die Ohnmächtigen, zu formen. Jeder ist aufgerufen, weiterhin mit Hand anzulegen und darüber hinaus die Reihen der Patrioten zu mehren und zu stärken. ...<<

1966

Polen: Der Pole Bronislaw Pasierb schreibt im Jahre 1966 in seiner Doktorarbeit "Wanderungen der deutschen Bevölkerung aus Niederschlesien in den Jahren 1944 bis 1947" (x024/127-128): >>Die schnelle, kompromißlose Art der Aussiedlung, die das Heer praktizierte, wurde beispielhaft für das Vorgehen einiger Zentren der Zivilverwaltung ...

Alle, die sich mit der Aussiedlung befaßten, waren in einem Punkt einig, nämlich daß die Deutschen schnell und wirksam ausgesiedelt werden mußten ... Daher hoffte man auf das Heer. Das auch besonders deswegen, weil die deutsche Bevölkerung aus einer Reihe von Grenzkreisen, die für die Wehrsiedlung bestimmt waren, zuallererst entfernt werden sollten.

Das Heer übernahm diese Aktion und sah sie als eine Kampfaufgabe an, der große politische Bedeutung zukommt (Befehl des I. Korps vom 22. Juni 1945).

Der Aussiedlungsbefehl (Nr. 12 der Führung der 12. Division vom 23. Juni 1945) war kurz und entschieden. Die Art und Weise, wie die deutsche Bevölkerung enteignet werden sollte, wurde nicht näher umrissen. Die Form der Ausführung wurde den Führern der Unterabteilungen überlassen.

Die Ergebnisse der Enteignung und Aussiedlung der Deutschen durch das Heer waren imponierend. Die wirtschaftlichen Folgen waren dagegen geradezu tragisch. Die Organisatoren der Aktion dachten nicht daran, industrielle Unternehmen zu sichern, deutsche Spezialisten zurückzubehalten. Sie berücksichtigten auch nicht die mit der bevorstehenden Ernte verbundenen Notwendigkeiten. ...<<

USA: US-Außenminister Dean Rusk (1909-1994) erläutert im Jahre 1966 die nordamerikanische Weltpolitik (x243/98): >>Das zentrale Anliegen unserer Außenpolitik ist es – in vertrauten Worten ausgedrückt –, "die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu erhalten".

Wir wissen, daß wir diese Segnungen in der klein gewordenen Welt von heute nicht in nationaler Isolierung bewahren können, oder durch politische Programme und Abwehrmaßnahmen, die sich auf den nordamerikanischen Kontinent, die westliche Hemisphäre, die Gebiete um den Atlantik oder andere begrenzte Gebiete beschränken. Wir müssen uns um die Welt als Ganzes kümmern – und um die Menschheit als Ganzes. ...<<

Bolivien: Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpft, berichtet über die USA (x149/129): >>Die Nordamerikaner haben ihre Herrschaft fast bis zum höchsten Grade ausgebaut und können nur noch wenig mehr erreichen. Jede Veränderung der Lage würde ihre Vorherrschaft beeinträchtigen.

Die Linie ihres Vorgehens beschränkt sich gegenwärtig auf die Anwendung brutaler Gewalt, um jede Befreiungsbewegung, gleich welcher Art, zu unterdrücken. ...

Unsere gesamte Aktion ist ein Aufruf zum Kriege gegen den Imperialismus, ein Appell zur Einheit der Völker gegen den großen Feind des Menschengeschlechts: die USA. ...<<

China: Aufgrund der gescheiterten Kollektivierungspolitik finden ab 1966 in China erbitterte Macht- und Richtungskämpfe statt.

Während dieser "Kulturrevolution" (1966-76) setzt Mao Zedong die "Roten Garden" rücksichtslos gegen seine politischen Gegner ein (systematischer Terror und Säuberungsaktionen). Die maoistische Linie setzt sich schließlich durch.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer der maoistischen "Kulturrevolution" (x075/233): >>... Von 1965 an fordert die Kulturrevolution ... millionenfache Opfer. Während Intellektuelle in Paris oder Westberlin sich auf den "Maoismus" berufen, führt Mao in China die Unterdrückung an, die Vernichtung der Kulturträger, der Intellektuellen, der Gebildeten: Die bevorzugte Maßnahme besteht darin, sie zur Umerziehung durch die Bauern massenhaft aufs Land zu schicken. Während dieser Revolution wird viel getötet; und es wird noch mehr gedemütigt und entwürdigt. ...<<

1967

Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.

Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)

31.01.1967

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 31. Januar 1967 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbart mit der

CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

09.02.1967

USA: Die "New York Times" berichtet am 9. Februar 1967 (x068/351): >>Es ist weitgehend bewiesen, daß Bücher immer mehr als Propagandamittel verwandt werden, daß einflußreiche Leute Bücher zensieren, die sie für gefährlich halten oder die ihnen unangenehm sind, und daß sie, ohne es zuzugeben, die Abfassung von Büchern in Auftrag geben und überwachen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die ideologischen Aufgaben der CIA (x068/351-352): >>... Zu den Aufgaben der CIA gehört sogar die ideologische Bearbeitung, die Überwachung der Propaganda, die Kontrolle der Massenmedien etc.

Dabei dient ihr zur zeitweisen Tarnung eine weitere Bundesbehörde, die eigens zur Verbreitung von "US-Gedankengut" in der Welt geschaffen wurde, die United States Information Agency (USIA). Die Methoden sind vielfältig. Das reicht vom weltweiten Propagieren ganz bestimmter Bücher unter dem Einsatz von Millionen Dollar - Intelligenz ist käuflich, wie fast alles - bis zur Manipulation von Studenten, Finanzierung von "Studienreisen" für Professoren, Intellektuelle und nackter Bestechung von Journalisten und Autoren, die ihre Namen unter äußerst fragwürdig fabrizierte und zensierte Werke setzen. ...

Auch die Universitäten werden einbezogen, erhalten Gelder von der CIA, erst recht natürlich von der Regierung; manche Hochschulen sind sogar durch Lobbies in Washington vertreten. Auch so manche Beförderung von Wissenschaftlern, so manche Karriere von Redakteuren hängt damit zusammen. "Der CIA, die Ford-Stiftung und andere Institutionen", so Jason Epstein 1967, "haben einen ganzen Apparat Intellektueller geschaffen und finanziert, die aufgrund ihrer orthodoxen Stellung im Kalten Krieg ausgesucht wurden".<<

03.04.1967

BRD: Erich Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) erklärt am 3. April 1967 während eines FDP-Parteitages (x155/135): >>Natürlich wissen wir, daß Osteuropa die Oder-Neiße-Linie als endgültig ansieht. Wir wissen auch, was Staatspräsident de Gaulle seit 1958 geschrieben hat. Wir wissen auch, wie die Dinge in Washington und London beurteilt werden: mehr formell, weniger materiell im Sinne unserer Vorstellungen.

Sind das aber dann nicht Gründe, auch unsererseits wenigstens noch das zu halten, was wir an Rechtspositionen haben, und das bedeutet: wir können nicht Gegenstände, die einer künftigen friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sind, vor dem Friedensvertrag aus der Hand geben, wenn wir nicht unsere eigene Verhandlungsposition schuldhaft schwächen wollen. ...<<

10.05.1967

Belgien: Großbritannien und Irland beantragen am 10. Mai 1967 zum zweiten Mal den Beitritt zur EWG.

11.05.1967

Belgien: Dänemark beantragt am 11. Mai 1967 zum zweiten Mal den Beitritt zur EWG.

16.05.1967

UdSSR: Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhält 1970 den Nobelpreis für Literatur) schreibt am 16. Mai 1967 einen Offenen Brief an den sowjetischen Schriftstellerkongreß (x299/189-190): >>Die von der Verfassung nicht vorgesehene und deshalb illegale, nirgends öffentlich genannte Zensur bedrückt ... unsere Literatur. ...

(Ich bitte), den Verboten und Verfolgungen Aufmerksamkeit zu widmen, die ich selbst erfahren habe:

1. Mein Roman "Im Kreis" ... wurde vor fast zwei Jahren vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmt. ...
2. Zusammen mit meinem Roman wurde mir mein literarisches Archiv weggenommen, das

die 15 bis 20 Jahre zurückliegende Vergangenheit umfaßt. ...

3. Schon drei Jahre lang wird gegen mich, der ich den ganzen Krieg über als Kommandeur einer Artillerieeinheit gekämpft habe und mit militärischen Auszeichnungen dekoriert bin, eine verantwortungslose Verleumdungskampagne geführt.

Es heißt, ich hätte eine Zeit als Krimineller gesessen oder mich in Gefangenschaft begeben (ich war nie in Gefangenschaft). ... So erklärt man die elf Jahre, die ich in Lagern und Verbannung verbracht habe, in die ich für meine Kritik an Stalin gekommen war. ...

Vergeblich habe ich versucht, diesen Verleumdungen durch einen Protest ... zu begegnen!
...<<

02.06.1967

West-Berlin: Der 26jährige Philologiestudent Benno Ohnesorg wird am 2. Juni 1967 während einer Straßendemonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Kaisers Resa Pahlewi in West-Berlin von dem Kriminalpolizisten Karl-Heinz Kurras erschossen.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet später (am 18.02.2015) über Karl-Heinz Kurras: >>...

Der Mann, der Benno Ohnesorg erschöß

In der Welt des Karl-Heinz Kurras hatte immer Ordnung zu herrschen - daheim und draußen. Der frühere Berliner Kriminaloberkommissar sei "in Ordnung erstarrt", sagte mal ein Polizeiausbilder über ihn. Er war ein kleinkariertes Charakter, ein Waffennarr, mitleidlos, autoritär; er soff und Landesverräter war er auch. Alles in allem war der Mann, der 1927 in Ostpreußen als Sohn eines Dorfgendarmen geboren wurde, eine üble Knallcharge. Daß ein solcher Mann mit einem Schuß die Republik verändert hat, sagt viel über die Republik aus, wie sie mal war: Verlogen und in Lager geteilt.

Kurras wird als der Mann in die Geschichte eingehen, der mit einem Schuß die Studentenunruhen angeheizt hat, die zu Reformen führten, aber auch zum Terror der "Bewegung 2. Juni", die sich später der Rote-Armee-Fraktion anschloß. Am 2. Juni 1967 hatte Kurras bei einer Demonstration gegen den Schah in Berlin den Studenten Benno Ohnesorg erschossen. Wegen angeblich fahrlässiger Tötung mußte er sich vor Gericht verantworten und er spielte erfolgreich den rechten Biedermann, der beinahe Opfer der Störenfriede geworden wäre.

Kurras behauptete, ihm sei von den Demonstranten eine Falle gestellt worden. "Das ist der Bulle, schlägt ihn tot", habe er gehört. Er sei körperlich mißhandelt worden. "Ich bildete mir ein, daß ich nun genug gelitten hätte, und zog im Liegen meine Dienstpistole hervor." Er habe Demonstranten mit Messern in der Hand gesehen und erst daraufhin zwei Warnschüsse abgegeben.

Die Spuren am Tatort wurden verwischt

Seine Behauptungen waren falsch. Es gab keine Messer, keine Warnschüsse. Er lag nicht auf dem Boden, sondern stand zielsicher in einem Berliner Innenhof, als er schoß. Wichtige Zeugen wurden damals ignoriert oder nicht gehört, auch im Krankenhaus, in das Ohnesorg eingeliefert wurde, wurde geprügelt.

Kennzeichnend für die Lage in der damaligen Frontstadt Berlin war, daß die Polizeigewerkschaft umgerechnet 30.000 Euro für die Verteidigung von Kurras spendete und daß Polizeibeamte, die als Zeugen vor Gericht ausgesagt haben, offenkundig gelogen haben. Die Spuren am Tatort wurden verwischt, das Pistolenmagazin von Kurras wurde sofort ausgetauscht. Große Teile der West-Berliner Polizei sympathisierten mit dem Todesschützen. Wo sie standen, waren die Sauberen, die anderen waren die Störenfriede. "Härte" war eine der Lieblingsvokabeln von Kurras.

Man könne nicht ausschließen, erklärte das Kammergericht im Fall Kurras, "daß es sich bei dem Abdrücken der Pistole um ein ungesteuertes, nicht vom Willen des Angeklagten beherrschtes Fehlverhalten gehandelt" habe. Kurras mußte dann drei Jahre später noch mal vor Gericht. Er wurde wieder freigesprochen, weil ihm das Gericht keine strafrechtliche Schuld

nachweisen konnte. Aber der Vorsitzende Richter verwendete immerhin den Begriff von der "moralischen Schuld."

Die Kurras-Verfahren haben damals manchem jungen Menschen den Glauben an den Rechtsstaat genommen, sie haben zu einer Ablehnung des Staates an sich geführt und die linken Fanatiker in ihrem Fanatismus bestätigt. Schütze Kurras war nicht links, nicht rechts. Er war zwar Mitglied der SPD (und heimlich auch der SED), aber er hätte ebenso den Chefs der NPD wie auch Erich Mielke dienen können, der Minister für Staatssicherheit der DDR war.

Ungerechnet zehntausend Euro für den Verrat

Mielke hat er gedient. Vermutlich auch, weil er Geld für sein Hobby, das Schießen, brauchte, hatte er sich 1955 von der Staatssicherheit als IM Otto Bohl anwerben lassen. Er sackte umgerechnet zehntausend Euro für den Verrat ein und kaufte sich vom Agentenlohn Schießgerät und Munition. Er spielte ein übles Doppelspiel: Er war Mitglied beim polizeilichen Staatsschutz in West-Berlin und arbeitete als Agent für Ost-Berlin. Er berichtete über ehemalige Mitarbeiter Mielkes, die sich in den Westen abgesetzt hatten, über Fluchthelfer, mögliche Fluchttunnel und geheime Dokumente des Bundeskriminalamtes.

Die Staatssicherheit schaltete ihren Agenten nach dem Schuß auf Ohnesorg erst einmal ab und war sichtlich irritiert, dass ihr Agent losgeballert hatte. Später gab es dann wieder Kontakte und die Akten Kurras/Bohl wurde erst im Herbst 1989, kurz vor der Wende, geschlossen.

Zwanzig Jahre später wurde er durch Aktenfunde als Agent enttarnt. Man kann heute nur darüber spekulieren, was passiert wäre, wenn seine Agententätigkeit nach dem Schuß auf Ohnesorg bekannt geworden wäre. Vermutlich wäre er nicht wegen fahrlässiger Tötung, sondern mindestens wegen Totschlags angeklagt worden. Und wegen Landesverrats sowie Gefährdung der äußeren Sicherheit wäre ihm von der Bundesanwaltschaft der Prozeß gemacht worden.

Er wurde anonym bestattet

Nachdem er 2009 als Agent aufgefliegen war, leitete der Generalbundesanwalt ein Verfahren gegen Kurras wegen Verdachts des Landesverrats und wegen des im Juristenalltag wenig gebräuchlichen Paragraphen 30 des Strafgesetzbuches (Versuch der Beteiligung) ein. Das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Ermittlungen war der Umstand, daß der Mann, der Mitleid nicht kannte und Reportern sagte, er hätte damals "hinhalten sollen, daß die Fetzen fliegen", bei einer Vernehmung dreist log oder gesponnen hat. Er sagte, er sei nicht nur von Mischa Wolf, dem Chef des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, sondern auch von Herbert Wehner als Agent angeworben worden.

Der ehemalige Oberkommissar, der in Berlin-Spandau wohnte, etwas dement war und im Rollstuhl saß, starb, wie jetzt erst bekannt wurde, im Dezember vergangenen Jahres (2014) im Alter von 87 Jahren. Er wurde anonym bestattet.<<

Juni 1967

Israel: Israel schlägt im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzt im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Israels (x192/458): >>...Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden zu einer Konstante der Nachkriegszeit.

Mit Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung der USA entwickelte sich Israel zu einer wirksam verteidigten Insel des Wohlstands in einem Meer weniger entwickelter und schlecht bewaffneter arabischer Staaten.

Die Situation spitzte sich zu, als Ägypten und Syrien in den sechziger Jahren von der Sowjetunion Waffen- und technische Hilfslieferungen erhielten.

1967 fühlte sich die arabische Welt schließlich stark genug, Israel militärisch herauszufordern. Die Folge war der Sechstagekrieg, der für die Angreifer zum Desaster wurde. Israel schlug

seine Gegner vernichtend und eroberte die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, die syrischen Golanhöhen und das Westjordanland, das vorher Teil Jordaniens gewesen war. Ein weiterer Angriffsversuch sechs Jahre danach – der Jom-Kippur-Krieg – endete in einer ähnlichen Katastrophe für die Araber. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Sechstagekrieg" im Juni 1967 (x169/23-33):

>>... Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967 wurde alles anders. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in Amerika. Als gängige Erklärung für diesen Wandel gilt, daß Israels extreme Isolation und Verwundbarkeit während des Junikriegs die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis wachrief.

In Wahrheit wird diese Analyse weder den Gegebenheiten der Machtbalance im Mittleren Osten zu jener Zeit noch der Art der sich entwickelnden Beziehung zwischen den jüdischen Eliten Amerikas und dem Staat Israel gerecht.

So, wie die amerikanischen Mainstream-Organisationen der Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis in den Jahren nach dem Krieg herunterspielten, blieb auch ihre Haltung gegenüber Israel mit der Politik der USA im Gleichschritt. Seit den frühesten Anfängen hegten die jüdischen Eliten Amerikas grundlegende Bedenken gegen einen jüdischen Staat.

An erster Stelle stand ihre Angst, er würde dem Vorwurf einer "doppelten Loyalität" Glaubwürdigkeit verleihen. Schon vor der Gründung des Staates Israel brachten Führer der amerikanischen Juden die Besorgnis zum Ausdruck, seine weitgehend osteuropäische, linksgerichtete Führungsriege würde sich dem Lager der Sowjets anschließen.

Auch wenn sie am Ende die von den Zionisten angeführte Kampagne für die Staatsgründung zu ihrer eigenen Sache machten, achteten die Organisationen der amerikanischen Juden genau auf die Signale aus Washington und paßten sich ihnen an.

Tatsächlich unterstützte das AJC die Gründung Israels vor allem aus der Angst heraus, es könne für die Juden zu einem innenpolitischen Rückschlag führen, wenn die in Europa verschleppten Juden nicht rasch angesiedelt würden. Obwohl Israel sich bald nach der Staatsgründung dem Westen anschloß, behielten viele Israelis eine starke Zuneigung zur Sowjetunion; die Führer der amerikanischen Juden hielten Israel, wie vorauszusehen gewesen war, auf Abstand.

Von seiner Gründung im Jahre 1948 bis zum Junikrieg von 1967 spielte Israel in der strategischen Planung Amerikas keine entscheidende Rolle. Als die Führung der Juden Palästinas die Ausrufung des Staates Israel vorbereitete, war Präsident Truman unschlüssig und wog innenpolitische Gesichtspunkte (die jüdischen Wählerstimmen) gegen die Warnungen des Außenministeriums ab (die Unterstützung eines jüdischen Staates würde die arabische Welt auf Distanz gehen lassen). Um die Interessen der USA im Mittleren Osten zu wahren, balancierte die Regierung Eisenhower die Unterstützung für Israel und die arabischen Länder aus, wobei sie jedoch die Araber begünstigte.

Immer wieder aufbrechende Konflikte der Israelis mit den USA über politische Fragen gipfelten in der Suezkrise von 1956, als Israel mit Großbritannien und Frankreich gemeinsame Sache machte, um Gamal Abd el Nasser, den nationalistischen Führer Ägyptens, anzugreifen. Obwohl Israels schneller Sieg und die Annexion der Sinai-Halbinsel die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein strategisches Potential lenkten, wurde es von den USA weiterhin nur als einer von mehreren regionalen Interessenschwerpunkten geführt.

Dementsprechend erzwang Präsident Eisenhower den bedingungslosen Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Während der Krise unterstützten die Führer der amerikanischen Juden für kurze Zeit die Anstrengungen Israels, den Amerikanern Zugeständnisse abzurufen, doch zuletzt, so erinnert sich Arthur Hertzberg, "zogen sie es vor, Israel zu empfehlen, lieber (auf Ei-

senhower) zu hören, anstatt sich den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu widersetzen".

Außer als Objekt gelegentlicher Nächstenliebe verschwand Israel bald nach der Gründung des Staates aus dem Blickfeld des jüdischen Lebens in Amerika. Für die amerikanischen Juden war Israel in der Tat nicht von Bedeutung. In seiner Untersuchung von 1957 berichtete Nathan Glazer, daß Israel "bemerkenswert wenig Auswirkungen auf das Innenleben der amerikanischen Juden hatte".

Die Zahl der Mitglieder in der *Zionist Organization of America* fiel von mehreren Hunderttausend im Jahre 1948 auf mehrere Zehntausend in den sechziger Jahren. Vor dem Juni 1967 machte sich nur einer von 20 amerikanischen Juden die Mühe, Israel zu besuchen.

Bei Eisenhowers Wiederwahl im Jahre 1956, die stattfand, nachdem er unmittelbar zuvor Israel zu seinem demütigenden Rückzug von der Sinai-Halbinsel gezwungen hatte, wuchs die schon beträchtliche Unterstützung der Juden für den Präsidenten weiter an.

Zu Beginn der sechziger Jahre bezog Israel wegen der Eichmann-Entführung sogar Prügel von einem Teil der Meinungsführer der jüdischen Elite, zum Beispiel von Joseph Proskauer, dem früheren Vorsitzenden des AJC, von dem Harvard-Historiker Oskar Handlin und der in jüdischem Besitz befindlichen *Washington Post*. "Die Entführung Eichmanns", meinte Erich Fromm, "ist ein Akt der Gesetzlosigkeit von genau der Art, deren sich auch die Nazis ... schuldig gemacht haben."

Die jüdischen Intellektuellen Amerikas erwiesen sich quer durch das politische Spektrum als besonders gleichgültig gegenüber dem Schicksal Israels. In detaillierten Untersuchungen über die linksliberale jüdische Intellektuellenszene während der sechziger Jahre wird Israel kaum erwähnt.

Unmittelbar vor dem Junikrieg veranstaltete das AJC ein Symposium zur "Jüdischen Identität hier und heute". Lediglich drei der einunddreißig "besten Köpfe der jüdischen Gemeinde" erwähnten Israel überhaupt; zwei von ihnen jedoch nur, um seine Bedeutung abzuwerten. Bezeichnende Ironie: Die einzigen beiden in der Öffentlichkeit stehenden jüdischen Intellektuellen, die vor dem Juni 1967 eine Verbindung zu Israel geknüpft hatten, waren ausgerechnet Hannah Arendt und Noam Chomsky.

... Die USA waren von Israels überwältigender Demonstration der Stärke beeindruckt und gingen dazu über, es sich als strategischen Besitz einzuverleiben. (Schon vor dem Juni-Krieg waren die USA vorsichtig zu Israel umgeschwenkt, als die Regimes von Ägypten und Syrien Mitte der sechziger Jahre einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlugen.) Militärische und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Mittleren Osten verwandelte.

Für die jüdischen Eliten Amerikas war Israels Unterordnung unter die Macht der USA ein gefundenes Fressen. Der Zionismus war aus der Prämisse entstanden, daß Assimilation ein Hirngespinnst sei, daß Juden immer als potentiell illoyale Fremdlinge angesehen würden. Um diesen Zwiespalt aufzulösen, waren die Zionisten bestrebt, eine Heimat für die Juden zu schaffen.

In der Tat wurde das Problem durch die Gründung Israels zugespitzt, jedenfalls für die Juden in der Diaspora - der Vorwurf der doppelten Loyalität erhielt damit eine institutionalisierte Ausprägung. Paradoxe Weise "erleichterte" die Existenz Israels nach 1967 die Assimilation in den Vereinigten Staaten: Jetzt standen Juden an der Front und verteidigten Amerika - eigentlich die "westliche Kultur" - gegen die rückständigen arabischen Horden.

Während Israel vor 1967 das Schreckgespenst einer doppelten Loyalität verkörperte, suggerierte es jetzt eine Super-Loyalität. Schließlich waren es nicht Amerikaner, sondern Israelis, die kämpften und starben, um die Interessen der USA zu schützen. Und anders als die amerikanischen GIs in Vietnam wurden die israelischen Kämpfer nicht von Emporkömmlingen aus

der Dritten Welt gedemütigt.

Dementsprechend entdeckten die jüdischen Eliten Amerikas plötzlich Israel. Nach dem Krieg von 1967 konnte Israels militärischer Elan gefeiert werden, weil seine Gewehre in die richtige Richtung zeigten - auf die Feinde Amerikas. Seine militärische Potenz konnte vielleicht sogar den Eintritt in die inneren Zirkel der amerikanischen Macht erleichtern.

Konnten die jüdischen Eliten zuvor nur ein paar Listen mit jüdischen Umstürzern bieten, so spielten sie jetzt die Rolle der natürlichen Gesprächspartner für Amerikas neuesten strategischen Besitz. Von Nebendarstellern konnten sie plötzlich zu Mitspielern ganz oben auf der Besetzungsliste im Drama des Kalten Krieges avancieren. Israel wurde für die amerikanischen Juden ebenso zum strategischen Besitz wie für die Vereinigten Staaten. ...

Nach dem Juni-Krieg arbeiteten die jüdischen Mainstream-Organisationen Amerikas unablässig daran, die amerikanisch-israelische Allianz zu festigen. Im Fall der ADL schloß das eine weitreichende Überwachungsoperation im Inland mit Verbindungen zum israelischen und südafrikanischen Geheimdienst ein. In der New York Times nahm die Berichterstattung zum Thema Israel nach dem Juni 1967 auffällig zu. ...

Eine beliebte Pose der nach 1967 als Zionisten Wiedergeborenen bestand darin, ihre eigene freimütig geäußerte Unterstützung für ein vermeintlich belagertes Israel gegen die Feigheit der amerikanischen Juden während des Holocaust auszuspielen. In Wahrheit taten sie genau das, was die jüdischen Eliten Amerikas immer getan hatten: Sie marschierten im Gleichschritt mit der Macht in Amerika. ...

... Für die neuen jüdischen "Unterstützer" Israels in Amerika ... (war) ein unabhängiges Israel in Frieden mit seinen Nachbarn wertlos. Nur ein israelisches Sparta, das der amerikanischen Macht verpflichtet war, kam in Frage, denn nur dann konnten die jüdischen Führer in den USA als Sprecher für die imperialistischen Ambitionen Amerikas auftreten.

Wie Noam Chomsky vorgeschlagen hat, sollten diese "Unterstützer Israels" zutreffender als "Unterstützer des moralischen Abstiegs und der endgültigen Zerstörung Israels" bezeichnet werden.

Um ihren strategischen Besitz zu schützen, "erinnerten" die jüdischen Eliten Amerikas sich an DEN HOLOCAUST. Üblicherweise wird berichtet, sie hätten das getan, weil sie zur Zeit des Juni-Kriegs geglaubt hätten, Israel schwebte in tödlicher Gefahr, weshalb sie von Ängsten vor einem zweiten Holocaust ergriffen worden seien. Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. ...

Israel bewies schnell, daß es 1967 weit weniger verwundbar war als in seinem Kampf um die Unabhängigkeit. Die israelischen und amerikanischen Führer wußten schon vorher, daß Israel in einem Krieg mit den arabischen Staaten leicht die Oberhand behalten würde. Als Israel seine arabischen Nachbarn innerhalb weniger Tage in die Flucht schlug, wurde diese Wahrheit überzeugend offenbar. Novick berichtet: "Anlässlich der Mobilisierung der amerikanischen Juden zugunsten Israels wurde vor dem Krieg erstaunlich wenig auf den Holocaust Bezug genommen."

Erst nach Israels überwältigender Demonstration seiner militärischen Stärke entstand die Holocaust-Industrie und florierte inmitten der größten israelischen Siegesgewißheit. ...<<

01.07.1967

Belgien: Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG).

Es handelt sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften:

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

04.09.1967

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1967) berichtet am 4. September 1967 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>Die Literatur, so hielt der

Sowjetdichter und Parteifeind Solschenizyn im Mai dem Moskauer Schriftstellerkongreß vor, muß das Gewissen der Nation sein. Der Delegierte Ilja Ehrenburg, ein Großer der Sowjetliteratur, hatte sich vor Beginn des Kongresses ins Ausland verdrückt. Er hatte ein schlechtes Gewissen.

30 Romane und über 3.000 Artikel waren unter seinem Namen erschienen. Sein weltweites Prestige rettete ihn immer wieder vor den Nachstellungen Stalins und der Partei. Aber Ehrenburg, Mitglied des Obersten Sowjet und Vizepräsident des Weltfriedensrats, nutzte seinen Namen nicht, um der Nation die Wahrheit zu sagen -- er verharrte in jenem Opportunismus, der ihn hatte alt werden lassen.

Als Gymnasiast schon Bolschewik, schrieb er im Ersten Weltkrieg für das Petrograder Bürgerblatt "Börsen-Berichte". In der Revolution verfaßte er für die Weißgardisten ein "Gebet" der Trauer über das Ende des Heiligen Rußland.

Dann entsann er sich seiner Schülerliebe zu dem inzwischen siegreichen Lenin, der ihn eine "Allerweltsdirne" nannte und seinen Roman "Julio Jurenito" lobte. Ehrenburg ging als Sowjet-Pressekorrespondent nach Paris, Brüssel und Berlin. Seine kritische Meinung über Stalin vergaß er, als die Weltwirtschaftskrise ihm den Westmarkt für seine Bücher nahm -- Ehrenburg kehrte nach Moskau zurück. Er erlebte den physischen und geistigen Tod seiner Freunde in den Säuberungswellen von 1938. Ihm aber gestattete Stalin, wieder nach Paris zu gehen.

Gleich nach dem Tode seines Gönners beklagte Ehrenburg in der Novelle "Tauwetter" Stalins Verbrechen. Er leitete damit eine Ära liberaler Sowjetliteratur ein -- und empfahl sich Chruschtschow. Auf die Frage, warum er zu Stalins Lebzeiten geschwiegen habe, antwortete er: "Aus Angst." Aus Angst schwächte Ehrenburg auch auf Vorhalt der Partei das "Tauwetter" wieder ab.

Der Konformist liebte es, im Pariser Café "Rotonde" seinen Wermut zu trinken, mit Matisse, Malraux, Joyce, Hemingway, Picasso zu sprechen. In seiner Moskauer Wohnung Terkowastraße Nr. 8 hingen -- aus Sowjet-Museen verbannte -- moderne Gemälde: "Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit -- ich blieb am Leben."

Denn für ihn gibt es Zeiten, "da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht". Spieler Ehrenburg durchstand das russische Roulette als Rubelmillionär und dreifacher Stalinpreisträger. Der Einsatz freilich, der Charakter, ging verloren.

Deutschlands Nationale lasteten ihm die intellektuelle Urheberchaft an den Greueln der Rotarmisten an ("Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute"). Ehrenburg zum SPIEGEL: "Wenn jemand kommt und beweist, wo ich das geschrieben habe, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor der Leiche Hitlers."

Immerhin schrieb er: "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen." Die Rotarmisten drehten "aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten" (Anna Seghers). Sie lasen auch von Ehrenburgs Abneigung gegen das deutsche Mädchen, "das blonde, lockere, unersättliche Gretchen".

Selbst der "Prawda" war das 1945 zuviel: "Eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Rassenhasses."

Vor einer Leserversammlung in der Moskauer Bezirksbibliothek Nr. 66 enthüllte Ehrenburg am 9. April 1966: Der "Prawda-Angriff" war ein Verständigungs-Versuch des Kreml mit den Deutschen, "und man hatte beschlossen, mich als Opfer darzubringen". Ehrenburg hatte seine Kriegspropaganda stets damit gerechtfertigt, "daß die Mehrheit der Deutschen Hitler unterstützte".

Im Jahr vor seinem Tode erst versuchte der alte Spieler, den Einsatz wiederzugewinnen: "Wenn wir nicht das Gewissen rehabilitieren, dann erweist sich dieser ganze Unsinn mit dem

Mond, den Sputniks" als Zirkustrick auf der letzten Etappe der Geschichte der Menschheit. Da erst klagte er seine Mitspieler wie sich selbst des Falschspiels an und fällte gleich das Urteil: "Man wird erst dann mit dem Erbe unserer fürchterlichen Jahre Schluß machen können, wenn die Leute, die von diesen Jahren erzogen wurden, physisch aus unserer Gesellschaft verschwunden sind. Meine Hoffnung ist bei der Jugend."

Als Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg -- am letzten Donnerstag -- einer Herzattacke erlag, verhandelte das Moskauer Stadtgericht gegen drei aufrührerische Literaten. Sie waren unter 30 Jahre alt. Ehrenburg war 76 geworden.<<

09.09.1967

Ostdeutschland: Im Verlauf eines Staatsbesuches betont der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ostdeutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und hervorragend polnisch. ...<<

16.09.1967

BRD: BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisiert am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/-135-136): >>>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

09.10.1967

Bolivien: Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker, nimmt maßgeblich an der revolutionären Umgestaltung Kubas teil, 1959-61 Präsident der kubanischen Nationalbank, 1961-65 Industrieminister Kubas), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpft und nach einem Gefecht verwundet in Gefangenschaft gerät, wird am 9. Oktober 1967 ohne Gerichtsurteil erschossen.

16.10.1967

Bolivien: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (43/1967) berichtet am 16. Oktober 1967 über den Tod "Che Guevaras": >>>**BOLIVIEN / GUEVARA**

Muster Mao

Der Held der Dritten Welt starb seinen fünften Tod.

Seit Ernesto "Che" Guevara, 39, vor 31 Monaten auf mysteriöse Weise aus Kuba verschwand, wurde Castros Ex-Kumpan an allen politischen Brandherden dieser Welt gesehen -- ein Fliegender Holländer der Revolution. Aus Kuba, der Dominikanischen Republik, Vietnam und dem Kongo kam die Nachricht von seinem gewaltsamen Ende.

Den wahrscheinlich endgültigen Tod fand der "beeindruckendste Guerillastrategie seit Mao und Giáp" ("Guardian") jetzt in Bolivien -- dem Land, in dem er seine Laufbahn begonnen hatte. Dorthin war der gerade zum Dr. med. promovierte Sohn eines argentinischen Architekten 1953 geflüchtet, um nicht in der Armee des Diktators Perón dienen zu müssen.

In Mexiko machte ihn seine Freundin und spätere Frau Hilda mit dem kubanischen Flüchtling Fidel Castro bekannt. Am 26. November 1956 begann für die beiden das größte Abenteuer ihres Lebens: Mit 80 Rebellen schifften sie sich auf der Jacht "Gramma" ein, um Kubas Diktator Batista von der Zuckerinsel zu vertreiben.

Guevara war einer der zwölf, die bei der Landung überlebten, und der einzige, der die Revolution zu organisieren wußte. Als die siegreichen Revolutionsbärte im Januar 1959 in Havanna einmarschierten, wurde Guevara Bankpräsident, Industrieminister und Chefideologe Castros. Er führte Kuba, die "Perle der Antillen", auf den Weg des Sozialismus.

Doch Guevara wollte nicht ein Bürokrat der Revolution werden. "Meine Verpflichtung, gegen den Imperialismus zu kämpfen, werde ich auf neuen Schlachtfeldern erfüllen", verkündete er in einem Brief, den Fidel im Oktober 1965 im kubanischen Fernsehen verlas -- sieben Monate, nachdem Guevara zum letzten Mal auf der Insel gesehen worden war.

Guevara wollte das Feuer des Aufstands in alle Länder Lateinamerikas tragen. Mit der Waffe in der Hand, so empfahl der rote Pyromane, sollten sich die Völker des Subkontinents die Freiheit erkämpfen.

Der bärtige Evangelist der Gewalt wurde zum Idol der iberoamerikanischen Rebellen, sein Buch "Der Guerillakrieg" ihr Katechismus. Nach Ches Rezepten versuchten Guerrilleros in Kolumbien, Venezuela, Guatemala und Peru, sich den Weg zum Sozialismus freizuschießen. Doch im Kampf mit Regierungstruppen fielen die meisten ihrer Anführer, die Rebellen-Reste flohen in die Berge.

Im März dieses Jahres brach in den feuchten Wäldern des bolivianischen Südostens neuer Aufruhr aus. "Che" selbst, so hieß es, versuche dort, die Revolution wieder anzufachen.

Am vorletzten Sonntag kreisten 182 US-gedrillte Regierungs-Rangers die etwa 40 Rebellen ein. In vierstündigem Gefecht fielen drei Guerrilleros, vier weitere gaben sich gefangen, darunter Anführer Ramón.

Vierundzwanzig Stunden später töteten die Soldaten auch ihre Gefangenen. Dann flogen sie den Leichnam Ramóns, auf eine an die Kufen eines Hubschraubers gebundene Tragbahre geschallt, in das Städtchen Vallegrande.

Dort führten sie den an Hals, Brust und Beinen von Kugeln durchbohrten Körper den wartenden Journalisten vor. Ramón, sagten sie, sei "Che". Und Ramón, so überzeugten sich die Journalisten, war tot.<<

08.12.1967

Vatikan: Papst Paul VI. erklärt am 8. Dezember 1967 in seinem Aufruf zum "Tag des Friedens" (x064/60): >>... Der Friede kann nicht auf der Unechtheit wortreicher Rhetorik gründen.

Man kann nicht legitimerweise vom Frieden reden, wenn das bewährte Fundament des Friedens nicht anerkannt und geachtet wird: die Gerechtigkeit und die Liebe in den Beziehungen zwischen den Staaten bzw. im Bereich jeder Nation.<<

18.12.1967

Belgien: Frankreich blockiert am 18./19. Dezember 1967 erneut die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien.

1967

DDR: Im Geschichtsbuch für die 10. Klasse werden im Jahre 1967 folgende "Berliner Grenzwiszenfälle" genannt (x243/194): >>... Von 1961-63 sei die DDR von Westberlin aus 376mal beschossen worden, von 1961-67 seien 14 Soldaten Opfer "Bonner Provokationen"

geworden.<<

BRD: Im Jahre 1967 sind die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhalten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

USA: Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King (1929-1968) schreibt im Jahre 1967 über die Mißachtung der Bürgerrechte der Schwarzen (x190/245): >>Laßt uns einen Blick durch die Lupe werfen auf die Größe des Problems der Stellung der Schwarzen im Jahr 1967. ... Von den guten Dingen des Lebens hat er vielleicht die Hälfte der Weißen; von den schlechten (Dingen) hat er das Doppelte. ...

Die Hälfte der Schwarzen lebt unter unerträglichen Wohnbedingungen. ... Das Einkommen der Schwarzen beträgt die Hälfte der Weißen. Es gibt doppelt so viele Arbeitslose. Die Säuglingssterblichkeit ... liegt bei den Schwarzen doppelt so hoch wie bei den Weißen.

In den Grundschulen liegen die Schwarzen ein bis 3 Jahre hinter den Weißen zurück und ihre Schulen erhalten deutlich weniger Geld pro Schüler als die Schulen für Weiße. Die Zahl der Schwarzen, die ein College besuchen, beträgt ein zwanzigstel gegenüber den Weißen, und die Hälfte der unseren besucht schlecht eingerichtete Einrichtungen in den Südstaaten. ...<<

1968

Wo Gewalt recht hat, hat das Recht keine Gewalt.

Sprichwort aus Deutschland

15.03.1968

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139): >>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staaterhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. - Die deutschen Vertriebenen." (x024/339): >>... Dieses Buch hat die Geschichte jenes Teils unseres deutschen Volkes beschrieben, der das härteste Schicksal nach dem Kriege zu erleiden hatte: der deutschen Vertriebenen.

Es soll an dieses trübe Kapitel der Geschichte erinnern, das viele der Jüngeren nicht kennen und viele der Älteren verdrängt haben. Was mit bitterem Leid anfang, gerät zu einer besonderen Chance, Mahner und Vermittler in der Verständigung zwischen Ost und West zu sein. ...

Heute sind bei uns und im Osten neue Generationen herangewachsen, die das, was die älteren erlebt haben, oft kaum begreifen können.

Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Wunden aufreißen. Erinnerung soll heute Ansporn zu Verständigung und Versöhnung sein.

Wer heute – bei uns oder im Ausland – noch immer versucht, aus der Masse der deutschen

Vertriebenen oder deren Nachkommen "kalte Krieger" zu machen, der hat Vergangenheit und Gegenwart falsch gedeutet.

Die deutschen Vertriebenen haben insgesamt bewiesen, daß sie ihre Lektion aus der Geschichte gelernt haben. Sie und ihre Kinder haben sich aus Leid zu Leistung anspornen lassen. Sie haben die Bundesrepublik Deutschland und die DDR mitaufgebaut, in einem Maße, das Bewunderung verdient.<<